

Fraktion Die Linke im  
Sächsischen Landtag  
**#sogehsolidarisch** Ende  
August 2025

**Die Linke**

Fraktion im  
Sächsischen Landtag



***Liebe Leserin, lieber Leser,***

mehr als 55.500 Menschen fordern [per Volksantrag](#) das Recht auf Bildungszeit – alle Beschäftigten sollen sich pro Jahr für fünf Tage bezahlt freistellen lassen können, um sich beruflich, kulturell, politisch oder sozial weiterzubilden. Wer etwa in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Jugendarbeit oder im Sportverein engagiert ist, muss dafür bisher Urlaub nehmen oder beim Chef betteln. Vierzehn der sechzehn Bundesländer haben einen solchen Anspruch auf Bildungsfreistellung eingeführt, Sachsen soll endlich nachziehen. Im Koalitionsvertrag haben CDU und SPD immerhin vereinbart, den Anspruch auf drei Tage Bildungszeit einzuführen. Die Linksfraktion unterstützt hingegen den Volksantrag, der fünf Tage fordert.

Doch nach der Sachverständigen-Anhörung, in der die Wirtschaftsverbände sowie die Industrie- und Handelskammern massiven Druck auf die CDU entfaltet haben, [scheint diese nun vom Vorhaben abrücken zu wollen](#). Damit würde sie vertragsbrüchig. Das würde nicht

nur die Koalition erschüttern, sondern in Zeiten der Minderheitsregierung auch die Mehrheitsfindung im Parlament insgesamt stark erschweren. Wir warnen davor, sich von Schreckgespenstern beeindrucken zu lassen, die Wirtschaftslobbyisten an die Wand malen. Ihr Treiben war schon damals bei den Debatten zum gesetzlichen Mindestlohn durchschaubar. Das Recht auf Bildungsfreistellung wird in Sachsen wie in den anderen Bundesländern weder Arbeitsplätze kosten noch Unternehmen in die Insolvenz treiben, zumal Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten eine Kompensation erhalten sollen.

*Kevin Reißig, Pressesprecher*

---

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Ein Handy-Pauschalverbot hilft niemandem – junge Leute altersgerecht für die digitale Welt fit machen!
2. Einsatz von Polizei-Bodycams weitet sich aus
3. Verbotene Drohnenflüge über Sachsen
4. Hamza A. ist frei: Erste wichtige Etappe für das Bleiberecht genommen, doch es geht um mehr!
5. 15 Flüge und fast 500 Menschen – Abschiebeflughafen Leipzig/Halle
6. Aufarbeitung der extrem rechten Chemnitz-Krawalle 2018 fast abgeschlossen – keine Gerechtigkeit in Sicht
7. Auch das gibt's

---

## Ein Handy-Pauschalverbot hilft niemandem – junge Leute altersgerecht für die digitale Welt fit machen!

---

Am Donnerstag veranstaltete Kultusminister Conrad Clemens ein „Gipfeltreffen“, um über Nutzungsverbote für Smartphones in Schulen zu beraten. Das Ergebnis stand schon vorher fest: Das Verbot kommt. Wir lehnen pauschale Verbote ab, denn sie helfen niemandem. Die Schulen sollen selbst entscheiden, welche Regeln sie aufstellen. Wer heute jung ist, wächst unweigerlich in der digitalen Welt auf, mit allen Chancen und Risiken. Wir müssen die jungen Leute altersgerecht dafür fit machen. Sie müssen eine gesunde Skepsis und ein gutes Urteilsvermögen gegenüber allen Inhalten entwickeln, mit denen sie konfrontiert werden, und lernen, sich selbst zu schützen.



---

## Einsatz von Polizei-Bodycams weitet sich aus

---



DDS 47, CC-BY-SA-4.0, Wikimedia-Commons

Der Verwendung sogenannter Bodycams bei Polizei-Einsätzen in Sachsen [nimmt weiter rapide zu](#). So wurden die „körpernah getragenen Aufzeichnungsgeräte“ im ersten Halbjahr 2025 insgesamt 742 Mal aktiviert – fast genauso oft wie im gesamten Vorjahr. Wichtiger Unterschied: 2024 ging es meistens darum, gezielt Aufnahmen für Beweiszwecke zu fertigen und dauerhaft zu speichern. Neuerdings

steht das sogenannte „Pre-Recording“ im Vordergrund: Dabei wird die Bodycam zwar angeschaltet, die Aufnahmen verschwinden aber nach einer Minute wieder aus dem Zwischenspeicher, falls sie nicht weiter benötigt werden. Damit sollen konflikthafte Einsätze besser dokumentiert werden. [Doch ob diese Pflicht immer umgesetzt wird, ist unklar.](#)

---

## Verbotene Drohnenflüge über Sachsen

---

Seit Jahresbeginn wurden im Freistaat [neun unerlaubte Drohnen-Flüge über kritischer Infrastruktur registriert](#). Demnach kam es im Januar und Februar an acht verschiedenen Tagen zu Überflügen von jeweils bis zu drei Drohnen in niedriger Höhe über einem



Firmengelände in Böhlen-Lippendorf – laut Innenministerium sind sie sämtlich „sicherheitsrelevant“. Versuche, die Überflüge mit Hilfe der Polizei zu stoppen, schlugen fehl. Bereits 2024 hatte es [eine Serie ungeklärter Drohnenflüge gegeben](#), damals auf Bundeswehr-Einrichtungen. [Die Bilanz der Drohnen-Abwehr ist durchwachsen.](#)

---

Hamza A. ist frei: Erste wichtige Etappe für das Bleiberecht genommen, doch es geht um mehr!

---



Der kurdische Geflüchtete Hamza A. ist nach seinem Hungerstreik aus Abschiebegefängnis in Dresden entlassen worden und [wird vorerst nicht in die Türkei abgeschoben, wo ihm politische Verfolgung droht](#). Das Verwaltungsgericht Leipzig hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verpflichtet, erneut über den Asylantrag zu entscheiden. Wir freuen uns immens über die Freilassung – doch die Zukunft Hamzas, der hier

erwerbstätig und verlobt ist, ist nicht sicher. [Sein Fall zeigt auch, wie wichtig Beratungsstellen und Rechtsbeistand im Asylverfahren sind.](#)

---

15 Flüge und fast 500 Menschen – Abschiebeflughafen Leipzig/Halle

---

Unter sächsischer Beteiligung wurden 2024 vom Flughafen Halle/Leipzig [fast 500 Menschen in 15 Flügen abgeschoben](#), die meisten nach Tunesien und Georgien. Eine Person wurde in das von den Taliban regierte Afghanistan gebracht. Da nur über Abschiebungen Auskunft



gegeben wurde, an denen der Freistaat beteiligt war, ist die eigentliche Zahl höher. Insbesondere Abschiebungen nach Afghanistan, wo Frauen wieder komplett entrechtet sind, müssen sofort aufhören. Das wirtschaftlich angeschlagene Georgien ist politisch instabil. Weil die Regierung zunehmend unter russischem Einfluss steht, leiden die Menschenrechte. [In Tunesien ist die menschenrechtliche Lage gar katastrophal.](#)

---

## Aufarbeitung der extrem rechten Chemnitz-Krawalle 2018 fast abgeschlossen – keine Gerechtigkeit in Sicht

---



*Lord van Tasm, CC BY SA 3.0, Wikimedia-Commons*

2018 marschierte wegen eines Tötungsdeliktes in Chemnitz tagelang ein rassistischer Mob auf, von mehreren Demonstrationen ging massive Gewalt aus. Menschen mit Migrationsgeschichte und jene, die gegen Rassismus auf die Straße gingen, wurden gejagt, geschlagen und bedroht, das jüdische Restaurant „Shalom“ angegriffen. Die [juristische Aufarbeitung](#) ist beinahe abgeschlossen: Mindestens 109 von 165 Strafverfahren wurden eingestellt,

weil der oder die Täterin nicht ermittelt werden konnte oder die Schuld nicht nachweisbar war. [Es wird keine nennenswerte Aufklärung und schon gar keine Gerechtigkeit geben.](#)

---

Auch das gibt's

---



In Sachsen wurde im ersten Halbjahr 15 der 564 Bewerberinnen und Bewerber die Einstellung bei der Polizei wegen „Zuverlässigkeitsbedenken“ verwehrt. Aufgrund des Gesetzes zur Regelung polizeilicher Zuverlässigkeitsüberprüfungen ergeben sich Bedenken, wenn eine Person wegen einer schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden wurde

oder Hinweise vorliegen, die „auf eine Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung schließen lassen“. Dafür werden Datenbanken von Polizei und Justiz herangezogen – weitestgehend folgenlos. Pikant: Auch das Landesamt für Verfassungsschutz überprüfte die Bewerberinnen und Bewerber – und hat alle Personen „durchgewunken“, selbst jene, deren Einstellung letztlich verweigert wurde!

## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 4935800  
Fax: 0351 4935460  
[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook  
Folgen Sie uns auf X  
Folgen Sie uns auf Instagram  
Folgen Sie uns auf Youtube  
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:  
[Newsletter abbestellen](#)